

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

12.04.2024

Inhalt

EWN

1 Bisher klares Nein zur LNG-Genehmigung <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 12.04.2024</i>	3
2 Von der Leyen setzt auf die Kernfusion <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 12.04.2024</i>	4
3 Konrad-Gegner schöpfen Hoffnung: Meyer vertagt Entscheidung über neue Einwände <i>RUNDBLICK - Politikjournal für Niedersachsen, 11.04.2024</i>	5

Bisher klares Nein zur LNG-Genehmigung

Das Staatliche Umweltamt Vorpommern hat den Regelbetrieb des LNG-Terminals in Mukran auf Rügen genehmigt. Für die Insel bedeutet das nun, dass dort Flüssigerdgas angelandet und nach der Umwandlung in Gas in das deutsche Verteilnetz eingespeist werden kann. Das Terminal befindet sich bereits im Probebetrieb. Umweltverbände und das Ostseebad Binz wollen dagegen klagen. Kritiker bezweifeln, dass dieses Terminal notwendig für die Gasversorgung ist. Sie sehen die Gefahr, dass Ökosysteme unnötig belastet werden. In einer Online-Umfrage wollte die OZ von

wissen: Halten Sie es für gerechtfertigt, dass die Genehmigung für das LNG-Terminal erteilt wurde? Mehr als 2000 Personen haben daran schon teilgenommen. Zwei Drittel der Teilnehmer hält die Genehmigung für nicht gerechtfertigt. Knapp 30 Prozent stimmten dagegen für „Ja“ und sehen damit das LNG-Terminal auf Rügen als notwendig. Die restlichen 2,7 Prozent haben noch keine klare Meinung dazu.

Was denken Sie darüber? Stimmen Sie hier weiterhin ab und sichern Sie sich die Chance auf einen Zehn-Euro-Amazon-Gutschein

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 12.04.2024 | S. 5 Auflage: 24.096 | Reichweite: 79.409 Sven Christian Schulz

Von der Leyen setzt auf die Kernfusion

EU-Kommissionspräsidentin hofft auf Einsatz der neuen Technik in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts

Es ist ein Wohlfühltermin für Ursula von der Leyen. Am Donnerstag besuchte die EU-Kommissionspräsidentin ein Forschungszentrum für Kernfusion in Garching bei München und forderte bessere Bedingungen für die Kernfusionsforschung. „So schwierig diese Technologie ist, so groß ist ihr Potenzial“, sagte die CDU-Politikerin bei dem gemeinsamen Termin mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU).

Für konservative Politikerinnen und Politiker wie von der Leyen ist die Kernfusion ein Traum. Die Technologie verspricht billigen Strom, unabhängig von Sonne und Wind und ohne störende Windräder in der Landschaft. Bei der Kernfusion werden kleine Atomkerne miteinander verschmolzen. Dabei wird eine enorme Menge Energie freigesetzt. „Die Kernfusion ist eine sichere und saubere Energiequelle“, bekräftigte von der Leyen. „Sie wäre ideal dafür, erneuerbare Energien im Energiemix der Zukunft zu ergänzen.“ Sie sieht Europa bei der Kernfusionsforschung global führend. Von der Leyen hofft, dass die Energie aus der Kernfusion in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts genutzt werden kann.

Kritiker bestreiten allerdings, dass die Kernfusion eine saubere Art der Energiegewinnung ist. Wie bei

herkömmlichen Kernkraftwerken entstehen radioaktive Abfälle, deren sichere Entsorgung ungeklärt ist. Zudem sind die Forschungskosten hoch. Die EU fördert die Kernfusion mit dem Forschungs- und Ausbildungsprogramm Euratom. Laut von der Leyen sind dafür allein im aktuellen EU-Haushalt 5,6 Milliarden Euro vorgesehen.

Für ein „Luftschloss“ hält der klimapolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament, Michael Bloss, die Kernfusion. „Solche Scheindebatten rauben uns wertvolle Zeit“, sagte er dem Redaktions Netzwerk Deutschland (RND). „Atomkraft bleibt eine unwirtschaftliche Risikotechnologie, und die Kernfusion ist noch Lichtjahre davon entfernt, einen echten Beitrag zum Energiesystem zu leisten.“ Weder Energiekonzerne noch die Industrie würden Atomkraft noch wollen, sondern nach einem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien rufen. „Nur mit Sonne und Wind können wir langfristig Menschen und Industrie mit viel günstiger Energie versorgen.“

In Garching soll in den nächsten Jahren ein Demonstrationskraftwerk entstehen, in dem die Stromgewinnung durch Kernfusionen getestet werden soll. Die Bundesrepublik fördert das Kraftwerk und die Fusionsforschung mit mehr als einer Milliarde Euro.

UMWELT

Konrad-Gegner schöpfen Hoffnung: Meyer vertagt Entscheidung über neue Einwände

Als Umweltminister Christian Meyer (Grüne) kurz vor Weihnachten entschied, den alten Planfeststellungsbescheid für das Atommüll-Endlager Schacht Konrad (Salzgitter) nicht zu kippen, war die Enttäuschung groß. Nabu und BUND, aber auch ein breites Bündnis von IG Metall, Stadt Salzgitter und Landvolk hatten auf ein Nein von Meyer zu den Endlager-Plänen gehofft. Nun aber keimt neue Hoffnung auf, denn nach Informationen des Politikjournals Rundblick wird die endgültige Festlegung des Umweltministers erst in einigen Monaten zu erwarten sein. „Die Gegner des Schachts Konrad haben noch bis zum 15. April Zeit, den Bescheid von Dezember zu prüfen und neue Einwände vorzutragen. Bis über diese Einwände dann entschieden wird, dürfte noch einige Zeit vergehen“, sagte der Sprecher von Meyer, Manfred Böhling, auf eine Rundblick-Anfrage.

Dieser neue Zeitplan kommt unerwartet. Noch vor Weihnachten hatte Meyer nämlich erklärt, die gegen das Endlager protestierenden Verbände hätten nun „acht Wochen Zeit“ für neue Einwände. Diese Frist wäre dann Mitte Februar abgelaufen. Die Verlängerung ermöglicht tatsächlich nun auch neue Einflussmöglichkeiten, die von den Gegnern auch genutzt werden. So liegen für den Grünen-Landesparteitag, der am Sonnabend und Sonntag in Oldenburg stattfindet, zwei Anträge zu diesem Thema vor – von der „Landesarbeitsgemeinschaft Energie und Atom“ und vom Kreisverband Salzgitter. Der Kreisverband Salzgitter fordert die Landesregierung definitiv auf, die Pläne in Salzgitter nach Möglichkeit zu stoppen, indem der Planfeststellungsbeschluss von 2002 aufgehoben wird. Erinnert wird an die Aussage im rot-grünen Koalitionsvertrag der Landesregierung, in dem ein Bekenntnis abgegeben wird: Der geplante Bau werde von SPD und Grünen „kritisch gesehen“, ist in dem Vertrag festgehalten. Die Argumente für den Stopp wer-

den noch einmal wiederholt. Zum einen sei die Rückholbarkeit des dort abgeladenen Mülls nicht in der Konzeption vorgesehen. Dies sei aber nötig, wenn sich in vielen Jahren neue Optionen zum Umgang mit solchen Stoffen ergeben sollten. Zum anderen sei der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik bei den Plänen nicht berücksichtigt worden. Schließlich fehle die Kapazität, auch den Müll aus dem illegalen Endlager Asse in Salzgitter aufnehmen zu können.

„Es kann doch keiner mehr verstehen, wenn für die Sicherheit zuständige Behörden entgegengesetzte Aussagen über eine Atomanlage abgeben.“

Für den Bau des Endlagers sind bislang mehr als 2,8 Milliarden Euro ausgegeben worden. Weitere 2,6 Milliarden Euro dürften noch nötig werden, um den Bau bis zum geplanten Start der Endlagerung im Jahr 2029 fertigzustellen. 300.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle sollen hier verbracht werden. Der frühere Chef des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König, hatte sich Mitte Februar kritisch zu der Situation geäußert, dass Umweltminister Meyer einerseits als Genehmigungsbehörde den Bau des Endlagers billigen muss, andererseits aber die Gegner des Projekts weiter zu Protesten ermuntere. „Es kann doch keiner mehr verstehen, wenn für die Sicherheit zuständige Behörden entgegengesetzte Aussagen über eine Atomanlage abgeben. Das schafft jedenfalls kein Vertrauen“, sagte König damals und fügte hinzu: „Bei Konrad ist meine fachliche Auffassung klar: Die Planungen für den Schacht Konrad sind mit der atomrechtlichen Genehmigung vom Landesumweltministerium als sicher festgestellt worden, die Genehmigung wurde vor Gericht und durch die aktuelle Überprüfung des Landesumweltministeriums bestätigt. Das Entscheidende ist: Im Endlager sind die Abfälle wesentlich sicherer aufgehoben als oberirdisch. Deshalb sollte das Endlager möglichst zügig fertiggestellt werden.“